

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter Die Lebensversicherung...  
Beitrag für Angestellte aus Aue und  
Umgebung 400 Mark, erwerbslose  
Angestellte 400 Mark, amtliche Stelle  
2000 Mark, Kassenbeiträge 1000  
Mark. — Bei größeren Abzahlungen  
entsprechender Rabatt.

Die Anzeigen nehmen die Redaktion  
für die Anzeigen die Besondere  
Anzeigen. — Erscheint wochentags.  
Preis: 10 Pfennig Nr. 23.

Telegramme: Angebl. Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 140

Dienstag, den 19. Juni 1923

18. Jahrgang

### Geldentwertung und Reichseinkünfte.

Im Reichstag und auch in den Landtagen der deutschen Länder ist in den letzten Tagen wieder einmal besonders dringend gefordert worden, die Einkünfte der öffentlichen Organe möglichst schneller und wirksamer der Geldentwertung angepaßt werden. Diese Forderungen pflegen in Zeiten steigenden Dollarkurses besonders lebhaft hervorgetreten. Wenn nach dem Geldstand des Steuerjahres 1. April 1922 bis 31. März 1923 vierteljährliche Vorauszahlungen an Einkommensteuer erfolgen, so bedeutet das bei dem gegenwärtigen Stand der Geldentwertung nicht einmal 10 Prozent dessen, was der durchschnittlichen Steigerung des Einkommens entspricht. Eine Ausnahme hiervon machen natürlich die auf feste Renteneinkünfte angewiesenen Schichten unseres Volkes. Für diejenigen, welche auf festes Arbeitseinkommen gestellt sind, und denen allwöchentlich oder monatlich der 10 prozentige Abzug gemacht wird, bringt die zunehmende Geldentwertung keinen Vorteil in steuerlicher Hinsicht. Überall dort aber, wo das Einkommen nachträglich berechnet und versteuert wird, bedeutet die Festsetzung der vierteljährlichen Steuerbeträge nach dem Stand des Vorjahres große Verluste.

Anfang Juli verlautete, das Reichsfinanzministerium wolle die Steuerlichen Vorauszahlungen auf das Mehrfache des gegenwärtigen Standes erhöhen. Diese Maßnahme ist grundsätzlich zu begrüßen. Es wird allerdings auch Fälle geben, in denen eine allgemeine Verzehnfachung der Vorschüsse eine schwere Belastung, ja eine Überbelastung bedeutet. Der Grund hierfür ist die deutlich absteigende Konjunktur, die in wachsenden Erwerbslosenzahlen und in einem Abflauen des Warenabflusses in In- und Ausland zum Ausdruck kommt.

Schon vor Jahren ist auf das schwere Dilemma hingewiesen worden, in welchem sich unsere öffentlichen Finanzen befinden: In Zeiten sinkenden Geldwertes sinken die öffentlichen Einkünfte hinter den stark steigenden Aufwendungen hinterher. Wird jedoch ein Eintrag zwischen der steuerlichen Belastung und der Geldentwertung erzielt, so tritt die Gefahr der wirtschaftlichen Stagnation und damit des Rückganges der Realeinkünfte ein.

Die Notwendigkeit, die Reichseinkünfte der Geldentwertung anzupassen, hat aber nicht nur eine finanzpolitische, sondern auch eine für die Innen- und Außenpolitik bedeutsame psychologische Seite. Gerade jetzt, wo das deutsche Rentenniveau weiter verlesen und dazu noch ein großer Prozentsatz der Arbeitnehmerschaft in schwere Not verdrängt ist, es besonders wichtig, Vorkehrungen zu treffen, daß der Volk und das gesicherte Einkommen keine ungerechtfertigte Bevorzugung genießen. Nicht minder wichtig ist es, dem Auslande zu beweisen, daß wir die Steuerkräfte unseres Volkes vollständig ausnützen. Die internationale Finanz, die für die Lösung des Reparationsproblems gewonnen werden muß, wird sich unseren Vorschlägen nur dann geneigt zeigen, wenn wir den Eindruck starker finanzieller Opferbereitschaft und Reformfähigkeit zu erwecken verstehen. Die düstere Prognose, daß der Dollarkurs sehr bald die 100 000-Mark-Grenze hinter sich gelassen haben wird, hat sich ja leider erfüllt. Eine Lösung des Reparationsproblems und damit die Voraussetzungen für die Stabilisierung des Marktkurses ist kaum vor dem Herbst dieses Jahres zu erwarten. Je schneller die Reichsregierung Mittel und Wege findet, um alle wesentlichen Einnahmequellen der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen, umso besser für die Reichsfinanzen und die Aussicht, daß es bald zu einer Verteilung der Weltfinanz an der Sanierung Deutschlands kommt. Selbst wenn durch die Verbilligung der Vorauszahlungen in Einzelfällen Ungerechtigkeiten und Härten eintreten sollten, so darf uns das doch nicht vor der Durchführung des hier geforderten zurückschrecken. Eine schnelle und entgegenkommende Erleichterung entsprechender Gesetze wird es ermöglichen, Existenzen, die ihr Einkommen nicht entsprechend der Geldentwertung vermehren konnten, vor dem Ruin zu bewahren.

### Die Mark.

#### Untersuchung der Regierung.

Wort: „Und niemand hat's gelesen...“

Vor dem Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes erklärte Staatskommissar Dipbert, bestimmte größere Kreise hätten seiner Ansicht nach an der Wirt. keinen besonderen Einfluß auf die Devisenkurse aus. Abgesehen von einer gewissen Nervosität, handelte es sich bei dem Kurserückgang der Mark an der Wirt. vielmehr um die natürliche Rückwirkung gegen die vorhergegangene Entwicklung und gegen das zeitweise Abgeben von Devisen durch die deutsche Wirt. Bereits Ende Februar habe der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln nachgelassen, und hat die Reichsbank an einzelnen Tagen sogar Devisen aufgenommen. Gerade in dieser Zeit hätten die Industriellen Kassadevisen abgegeben und gegen Termindvisen Mai und Juni getauscht, weil sie sich im Februar noch unbedingt Geld beschaffen mußten. So habe sich der Kassadevisenstand in Handel und Industrie bereits im Februar wesentlich verringert. Auch im März habe die Reichsbank zum Teil Devisen aus dem Berliner Devisenmarkt herausziehen können. Ebenso hätten die Verhältnisse in den ersten Apriltagen gelegen.

Vom reinen börsennotierten Standpunkt aus sei es daher nicht verwunderlich, daß eine gewisse Unruhe („gewisse“ Unruhe, das ist gut!) an der Devisenbörse entstanden sei. Zunächst sei das am 29. März nach Bekanntwerden des schlechten Ergebnisses der Reichsbank auf die Dollarkursanweisungen der Fall gewesen, noch viel mehr aber am 3. und 4. April, als allmählich die starken Inflationsziffern, der gesteigerte Notenumlauf und die Vergrößerung der Reichsschuld bekannt geworden seien. Kritisch wurden die Verhältnisse schon am 13. und 14. April, als Zweifel entstanden seien, ob eine weitere Aufkündigung des Marksturzes möglich sei. Eine starke Nachfrage nach Devisen habe sich am 17. und 18. April gezeigt wegen der ungünstigen Aufnahme, welche die Reichstagsrede des Ministers des Innern Dr. von Rosenberg in Frankreich gemacht habe.

Der Staatskommissar erklärte ferner, ein großer Teil der Devisenverkäufe werde jetzt durch gegenseitigen Verkehr der einzelnen Großbanken direkt erledigt. Auf die Haltung der Börse sei ein größerer Einfluß durch diese Geschäfte nicht ausgeübt worden. Die Zahl der Börsenbesucher habe sich gegen früher sehr gesteigert. Viele Anwesende von Großbanken hätten sich selbständig gemacht (aha!) und ihre Zulassung zur Börse erreicht. Auch Ausländer seien in großem Umfange an der Börse. Bei der Ausschließung müsse man vorsichtig sein, um die Bildung wilder Börsen nicht zu begünstigen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, daß im besetzten Gebiet ungeheure Mengen ausländischer Wirt. gehandelt werden. Dieser wilde Handel führe zu einer weiteren Steigerung der Kurse ausländischer Wirt.

Der Leiter der Devisenbeschaffungsstelle, Geheimrat Dr. Gleimius, machte Mitteilungen über die Abgaben der Reichsbank an 15 Großbanken vom 1. März bis 8. Juni. Es handelt sich im ganzen um 80 Millionen Dollars, alle fremden Devisen auf den Dollarkurs umgerechnet. Die Banken seien nicht selbst als Käufer aufgetreten, sondern hätten die Devisen weiterverkauft. An Hand der Angaben von 14 Großbanken habe die Devisenbeschaffungsstelle festgestellt, daß 10 Prozent der verkauften Devisen bei Handel und Industrie, 9 Prozent bei Berliner Banken, 23 Prozent in den eigenen Filialen im unbesetzten Gebiet, 21 Prozent bei den Banken im besetzten Gebiet, 27 Prozent bei den eigenen Filialen und in den Banken im besetzten Gebiet und 11 Prozent im Ausland geblieben seien.

Diese Zahlen betreffen nur die Angaben der Reichsbank an der Berliner Börse, nicht aber die starken Verkäufe und Käufe im Ausland und nicht die Devisenbeträge, welche die Reichsbank dem Reichswirtschaftsministerium den Borswart, daß es den größeren Firmen gegenüber die Kontrolle der Durchführung der Devisenverordnung zu lax gehandhabt habe. Staatssekretär Trendelenburg erklärte, das Reichswirtschaftsministerium habe alles getan, um die Kontrolle wirksam zu gestalten.

### Das Zentrum und die Gewerkschaften bei der Regierung.

Vertreter des Zentrums unter Führung des früheren Postministers Giesberts waren beim Reichsfinanzminister, um ihm den Wunsch der Parteien nach einer noch-maligen Markstabilisierung zu unterbreiten, wenn schwere innerpolitische Gefahren vermieden werden sollen. Vertreter der Gewerkschaften waren ebenfalls beim Reichsminister, die ihm das gleiche Verlangen in dringlichster Weise bekanntgaben und den Kanzler auf die unabwendbaren revolutionären Unruhen hinwiesen, wenn die Markentwertung sich fortsetze.

#### Immer wieder „unternommene Schritte“.

Wie verlautet hat die Reichsregierung durch die Botschafter in London und Newyork bestimmte Schritte unternommen, die wieder für eine internationale Finanzhilfe für Deutschland Anregung geben sollen. Die Newyork sich aufhaltende deutsche Bankierkommission unter Führung eines Frankfurter Großbankiers hat am Freitag die Rückreise nach Deutschland angetreten.

#### Der Schrei nach dem Abgezogen.

Am 2. d. M. haben die Gewerkschaften an den Reichstagsminister ein Schreiben gerichtet, in welchem auf die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Arbeiterschaft hingewiesen und betont wird, daß Schritte zur Vinderung der Notlage unternommen werden müßten.

Am 11. d. M. wurden zwischen Gewerkschaftsvertretern und dem Reichsarbeitsministerium die mit der gegenwärtigen Teuerung zusammenhängenden Fragen in einer Besprechung erörtert. Auch wurde zu dem Problem Stellung genommen, das innerhalb der gewerkschaftlichen Kreise den Hauptbera- tungsgegenstand bildet, nämlich zur Schaffung eines wertebeständigen Lohnes.

In Gewerkschaftskreisen erklärt man es unbedingt für notwendig, durch Schaffung eines Reallohnes der zunehmenden

Geldentwertung entgegenzuwirken, um der Arbeiterschaft auf diese Weise ein Existenzminimum zu schaffen. Auf welche Weise das Ziel erreicht werden soll, steht noch nicht fest. Der große Ausschuß der Gewerkschaften nimmt am Freitag in einer Sitzung zu der Frage Stellung. Am Sonnabend sollen die Verhandlungen innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft stattfinden.

Am 15. Juni hat die Reichsregierung an die Gewerkschaftskommission ein Schreiben gerichtet, in welchem sie erklärt, daß sie sich die mit der Teuerung zusammenhängenden Fragen weiter angelegen sein lasse, und daß das Reichsministerium die Wünsche der Gewerkschaften weiter verfolgen werde. Der Reichstagsminister müsse sich jedoch auf Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen beschränken und könne sich in weiterer Besprechungen mit Unterorganisationen einlassen. Im Reichsarbeitsministerium ist den Gewerkschaften ausgetauscht worden, daß zunächst die Ermittlung der Indizes für die kürzerer Frist als bisher erfolgen soll.

#### Rundgebung der Tiroler Regierung.

Die Tiroler Landesregierung erläßt folgende Rundgebung: Der gegenwärtige Marksturz hat wie vor einigen Monaten ein starkes Anschwellen des Reiseverkehrs in das benachbarte Bayern hervorgerufen. Es ist zu befürchten, daß wieder wie vor kurzem es zu jenen maßlosen Mißbräuchen im Ankauf deutscher Waren in München und anderen Städten kommen werde. Die Tiroler Landesregierung hat daher inländischen Reisenden nachdrücklich verboten, die deutsche Gastfreundschaft zu mißbrauchen und im übrigen verfügt, daß Inländern, die den österreichischen Behörden wegen Schmuggels von Waren über die deutsche Grenze angezeigt werden, die Reisepässe abgenommen werden und ihnen die Ausstellung neuer Pässe verweigert wird. („Deutsche Gastfreundschaft“ = Gewinnsucht, „mißbrauchen“ = geschäftstätig sein. Also erbliche Belastung in ideologischer Hinsicht bei den Tiroler Regierern, so gut sie auch meinen.)

### Die Blockierung des Ruhrgebietes.

#### Der Zugverkehr ins Ruhrgebiet eingestellt.

Einzelne nur noch durch die Straßenbahn möglich.

Der Eisenbahnverkehr nach dem Ruhrgebiet ist nur noch bis zur Grenze des besetzten Gebietes möglich. Wegen der Besetzung der Bahnhöfe von Dortmund, Hörde, Langendreer und Bochum ist ein Verkehr im Innern und in das Innere des Industriegebietes unmöglich geworden. Die Personenzüge, die den Anschluß an die D-Büge von Hamm aus vermitteln, verkehren nur noch bis zur letzten Station vor der Kontrollstelle Scharnhorst, auf anderen Linien bis Willede-Wickeln und bis Oberraden. Von Münster aus verkehren diezüge auch nur bis Singen.

Dagegen ist der Verkehr nach Köln über Unna-Schwerte-Lagen-Warmen-Eberfeld und Bohnwinkel weiter gesichert. Allerdings findet auf dieser Strecke in Bohnwinkel und in Denselbach eine Paßkontrolle durch Franzosen statt, während in Ohligas bei Eintritt in den Brückenkopf Köln Paßkontrolle durch Engländer ausgeführt wird. Die Einreise in das Innere des Industriegebietes ist nur insoweit durch Straßenbahnen, die aber von den Zugstationen aus über die Kontrollstelle verkehren und außerdem noch von der Linie Köln-Hamm aus. So kann z. B. von Eberfeld aus über Werden oder Steele nach Essen gefahren werden, wo man den Anschluß nach Bochum-Gelsenkirchen-Waldheim erreicht.

#### Das neue Mittel der Franzosen: der Hunger.

Die durch die Unterbindung der letzten Verkehrs- linien im Ruhrgebiet von den Franzosen erstrebte Hungerblockade macht sich bereits bemerkbar. Auf deutscher Seite ist man mit größter Energie am Werke, die großen Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung zu überwinden. Auf französischer Seite scheint man zwar nicht die Einfuhr von Lebensmitteln direkt zu verhindern, indessen kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Franzosen mit der indirekten Hungerblockade zu dem letzten Mittel gegriffen haben, um den unabweisbaren Willen zum passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung würde zu machen.

#### Die Franzosen konfiszieren Liebesgaben.

Die französischen Besatzungsbehörden haben am Samstag auf dem Bahnhof Aachen große Mengen Lebensmittel beschlagnahmt, die für die notleidende Bevölkerung der Stadt von der Auslandshilfe geschickt worden waren.

#### Eine große Zunnelsprengung auf der Eisenbahn.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, ist bereits in der Nacht vom 14. bis 15. Juni der Tunnel der Eisenbahn Köln-Trier bei Kall gesprengt worden. Die Strecke ist damit völlig unterbrochen. Die Franzosen haben die härtesten Abwehrmaßnahmen getroffen, so daß die Kunde von dieser großen Sprengung bisher verborgen bleiben konnte.

...den und  
die Wirt.  
...durch die  
...einer  
...an  
...wird  
...angegeben  
...aus  
...gegen den  
...ist jetzt an  
...und seines  
...stehe auf  
...rainern und  
...Gefängnis  
...ember 1921  
...Er habe  
...noch als  
...etten in ein  
...Anfangs  
...er, trotz  
...ll. Mark  
...als die  
...r Geld  
...elaufen und  
...ben, so daß  
...en konnten.  
...das einge-  
...sen sei ihnen  
...ne Geschäfte  
...aftung habe  
...s darauf die  
...berferte sich  
...eute Weiter-  
...ft.  
...r allgemein  
...Unberührt  
...als ordent-  
...Recht in  
...rer Habili-  
...er Zeit  
...otte Krause  
...ma lautete:  
...Bismann.  
...d. G. Aue.  
...los  
...unden  
...pferd-  
...fel-Selbe  
...pfe  
...er Auswahl  
...Gauger  
...entfabrik, Aue  
...am Wittimberg  
...rtwagen  
...Zither  
...berinnen  
...genburger  
...s 25. p. l.  
...hulen,  
...ohn Müppel  
...geben, ihre  
...geben unter  
...stundens  
...schmel, Dem-  
...stern. 14.



Das Kien-Ergebnis: 230 Milliarden.

Die „New York Times“ meldet, daß im Finanzausschuß der Kammer die Gesamthöhe der bisher im besetzten Gebiet Deutschlands beschlagnahmten Gelder auf 230 Milliarden Papiermark angegeben worden. Davon „Scho“ wurde über die Verwendung der beschlagnahmten Gelder die Reichsfinanzkommission für den Abschluß des Statistisches zu- versagt.

Poincares Ruhsforderungen.

Ueber den Inhalt der Antwort Poincares auf das englische Memorandum macht der Brüsseler Korrespondent der „Times“ einige Angaben. Nach diesem Korrespondenten gibt Poincare zu der „Einstellung des deutschen Widerstandes“ die Definition, die deutsche Regierung müsse eine Proklamation veröffentlichen, die ihren Beamten befehle, diesen Widerstand in den besetzten Gebieten einzustellen und mit der Verwaltung dieser Gebiete Hand in Hand zu arbeiten (1).

Hinsichtlich der englischen Frage, welche Form die Besetzung des Ruhrgebietes annehmen werde, wenn Deutschland diesen Widerstand einstelle, erklärt Poincare daß man auf die „unrichtbare Besetzung“ zurückgreifen werde, so wie diese am 11. und 12. Januar organisiert wurde, als die französischen Truppen in das Ruhrgebiet gingen, „lediglich mit der Aufgabe, die Sachverhältnisse zu sichern, die in Beziehung mit den deutschen Industriellen treten sollten“. Der Korrespondent glaubt ferner aus maßgebender Quelle mitteilen zu können, daß die französische Antwort in außerordentlich herablassenden Ausdrücken gehalten ist und daß Poincare den sehr lebhaften Wunsch zum Ausdruck bringt, zu einem Einverständnis mit der englischen Regierung zu gelangen.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Die französische Regierung wünsche eine gemeinsame Antwort mit der belgischen Regierung auf den Teil des britischen Memorandums zu geben, der die Frage des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet behandelt. Es be- ziele nicht die Absicht, wie verschiedene französische Be- legungen behaupten, eine mündliche Antwort zu erteilen. Die Antwort von Paris und Brüssel werde schriftlich und in einer gemeinsamen Note erlitten werden. Wie der Berichterstatter schreibt, werde infolge der belgischen Mi- nisterkrisis die Absendung der Note an England um einige Tage verzögert. Man halte es jetzt für fast si- cher, daß ein neues Kabinett Deunin zustande kommen werde, in dem Paspar das Portefeuille des Außenwärters erhalten und die übrigen Minister aus der Partei der Katholiken und der Liberalen genommen würden.

Eine englische Stimme für den wirklichen Wiederaufbau.

Sunday Times schreibt, das britische Volk habe mit sel- tener Einmütigkeit die Ueberzeugung ausgebildet, daß das neue deutsche Angebot als Grundlage für eine Konferenz angenom- men werden müsse. Es hoffe, daß Frankreich dem zustimmen werde. Es gebe nur zwei Arten von Politik, die Politik der militärischen Gewalt und die Politik der wirtschaftlichen Vernunft. England könne entweder abseits stehen und zusehen, wie Frankreich seine Pläne zur Herrschaft Deutschlands und zur Schwächung der Autorität der deutschen Regierung verfolge bis zum völligen Zusammenbruch des deutschen politischen Systems oder aber England könne in scharfer Weise ausprä- chen, daß Frankreich keine weitere Unterstützung von ihm er- warten dürfe und daß der bessere und einzig vernünftige Weg im Interesse Frankreichs ebenso wie Englands der ist, Deutsch- land wieder auf die Beine zu stellen und es ihm zu ermöglichen, einen Teil des Schadens, den es angerichtet habe, wieder aus- zumachen. Wenn die britische Regierung das Letztere wolle, und die Gründe dafür klar und mit genügender Autorität angebe, so werde sie die uneingeschränkte Unterstützung des gan- zen Landes hinter sich haben.

Die englischen Liberalen für schnellste Lösung der Ruhrfrage.

Der Führer der Liberalen Sir John Simon erklärte in einer Rede in Trowbridge über die französische Ruhrpolitik, es habe sich herausgestellt, daß der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet nicht das Ergebnis gehabt habe, welches die Fran- zosen von ihm erwartet hätten. In drei Monaten habe Fran-

Singer Nähmaschinen. Sollten in keinem Haushalte fehlen. Singer Co. Nähmaschinen Akt. Ges. Aue, Bahnhofstraße 36. Ersatzteile, Nadeln, Oel, Garn, Reparaturen.

reich ab Reparationen nur soviel erhalten wie vor dem Ein- marsch in einer Woche. Die Ruherexpedition der Franzosen habe sich also als höchster Misserfolg erwiesen. Alle Par- teien in England mühten sich größtenteils um, der britischen Regierung und den französischen Freunden zu helfen, einen Ausweg aus dem Durcheinander zu finden.

Gleiches Maß für Deutschland.

Der „Manchester Guardian“ meldet aus Washing- ton, die amerikanische Regierung habe wissen lassen, daß sie nach wie vor an dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes festhalte, die deutsche Reparationsfähigkeit durch Sachverständige bestimmen zu lassen. Amerika sei bereit, das Prinzip der Billigkeit auch auf die französischen Schulden an Amerika anzuwenden, wenn Frankreich die von Deutschland reichweise Summe gleichfalls auf das von Billigkeit diktierte Maß herabsetze.

Diese Meldung scheint von Bedeutung, wenn man bedenkt, daß in der öffentlichen Meinung der Union, ganz unabhängig von Parteien oder Sympathien die Methode Frankreichs, den amerikanischen Gläubigern um Nachsicht zu ersuchen und den deutschen Schuldner durch grausamen Zwang zu nötigen, seit langem zu heftigen Angriffen auf Frankreich geführt hat.

Protestschreiben des Oberbürgermeisters von Recklinghausen.

Der Oberbürgermeister von Recklinghausen hat an den Kommandeur der französischen 47. Infanteriedivi- sion General Dequolot, zurzeit Recklinghausen, folgen- des geharnischtes Protestschreiben gesandt:

Ehrent nehmen Sie einen Unfallsfall, dem ein französischer Soldat durch eigene Unvorsichtigkeit zum Opfer gefallen ist, zum Vorwande, in der unglücklichen friedlichen Stadt Recklinghausen blutige Gewalt zu üben. Einen Beweis dafür, daß ein deutscher Angriff vorliegt, vermögen Sie in diesem Falle ebensowenig zu erbrin- gen, wie in den zahlreichen anderen Fällen, bei denen friedliche deutsche Bürger grundlos von Ihren Soldaten ermordet worden sind. Daß Sie der Stadt die Einsicht- nahme in Ihre Untersuchungsakten verweigern, ist ein klarer Beweis dafür, daß Sie kein Beweismaterial für einen deutschen Ueberfall besitzen.

Die Unvorsichtigkeit und Ungeschicklichkeit fran- zösischer Soldaten im Gebrauche ihres Gewehres ist in Recklinghausen ebenso oft festgestellt wor- den, wie in anderen deutschen Städten. Eben- falls haben Augenzeugen in Recklinghausen be- obachtet, daß sogar Posten „vor Gewehr“ ihr Gewehr aus Nachlässigkeit fallengelassen haben.

Sehr zahlreich sind die Fälle, wo französische Soldaten sich aus Unvorsichtigkeit gegenseitig oder auch selbst ver- letzt haben. Das steht fest. Nur Sie, Herr General, wollen die Deutschen für die Ungeschicklichkeit Ihrer Re- kruten verantwortlich machen. Bei Ihren Maßnahmen treten Sie wie bisher das Völkerrrecht mit Füßen.

Die Haager Konvention Art. 50 verbietet Straf- maßnahmen gegen eine ganze Stadt für die angebliche Tat eines einzelnen. Dennoch erklären Sie, wegen der Ungeschicklichkeit Ihrer Posten, die Stadt in den Belage- rungszustand, verweigern den Sterbenden die Hilfe des Arztes und des Geistlichen, der Gebärenden jede Hilfe.

Auf Ihren Befehl schossen Ihre Truppen am 11. Juni grundlos auf friedliche Bürger, die Ihren Blut- befehl gar nicht kennen konnten, ja, sogar in die Fen- ster vieler Wohnungen. Hierbei wurde der 19jährige Karl Möller, der ahnungslos von auswärts heimkehrte von Ihren Posten aus nächster Nähe erschossen, ohne Anruf. Den Sterbenden, der in seinem Blut am Boden lag, mißhandelten die französischen Soldaten noch mit Fußtritten.

Die gesamte Bürgerchaft der Stadt Recklinghausen ist einig in der Empörung und der Entrüstung über die völkerrrechtswidrigen Gewalt- und Bluttaten. Als Dolmetscher der geknebelten Bürgerchaft lege ich vor dem Bewissen der Kulturwelt voll Erbitterung den schärfsten Protest gegen diesen neuen Bruch des Völker- rechts ein. Ihre Gewalttaten klären die Bürgerchaft von Recklinghausen nicht nur, sondern ganz Deutschland über die wahren Absichten der französischen Diktatur auf.

Kein Rücktritt der thüringischen Staatsregierung.

In der letzten Sitzung der abgelaufenen Sitzungs- periode des Thüringer Landtages hat der Vorsitzende des thüringischen Staatsministeriums, Staatsminister Frölich, folgende Erklärung abgegeben:

„Die Angriffe gegen die Thüringer Regierung wohn- gen uns, entgegen der sonstigen Gepflogenheit am Schluß der Tagung Erklärungen abzugeben: Darin die Presse geht in den letzten Tagen folgende Notiz:

Die Thüringer Regierung am Ende ih- rer Kraft. Zum erstenmal sind deutsche Anzeichen für eine Amtsunfähigkeit der Thüringer Regierung vor- handen. Die Mißwirtschaft ist verursacht durch die ganz ungeheuerlichen Finanzschwierigkeiten, mit denen die Re- gierung seit langem zu kämpfen hat. Bei einem arbeits- verantwortungsbewußten hätten finanzielle Er- wägungen längst den Rücktritt, zumindest teilweise Rücktritt des Kabinetts bewirken müssen. Wie der Rück- tritt vorbereitet wird, ist in einer der letzten Nummern des „Vorwärts“ zu lesen.

Staatsminister Frölich erklärte hierzu: „Die Fi- nanzschwierigkeiten Thüringens sind nicht größer als die anderer Länder. Die in der angezogenen Presse- notiz enthaltene Denunziation bedeutet aber die Herab- würdigung des Kredits Thüringens und der Regierung. Das Verantwortungsgefühl ist es, was die Regierung zur Selbstbehaltung ihrer Nerven bewegt. Der Rücktritt wird von uns nicht vorbereitet, wie in der Presse notiz be- hauptet wird. Wenn Sie die Regierung befehligen wol- len, haben Sie dies in der Hand. Solange aber die Mehrheit des Landtages der Regierung ein Mißtrauens- votum nicht ausstellt, liegt kein Anlaß zum Rücktritt der Regierung vor. Die Regierung wird daher die Ge- schäfte in der bisherigen Richtung weiterführen.“

Kleine politische Meldungen.

Unverantwortliche Fallschirmmeldung. Die Zeitungsmel- dung, der Reichsfinanzminister Dr. Dermes habe an einer Versammlung rheinischer Rentiersleute in Köln teilgenom- men, die sich angeblich mit der Frage der Errichtung einer rheinischen Republik befaßt haben soll, ist völlig aus der Luft gegriffen und als grober Unfug zu bezeichnen. Angesichts der ersten Lage unserer Bevölkerung ist es unterverantwortlich, solche offensichtlichen Fallschirmmeldungen zu verbreiten.

des Kaisers Hof. Da es aber zu Ende war, kam's zum Tanzen.

Nun fragte Epplein den Remigius: „Sagt mir doch, ob das Tanzen eine Sünde ist?“

Sagte der Remigius: „Keineswegs. Es ist einmal Weltbrauch!“

„Wohlan, so tanzt!“ sagte Epplein.

„Da scherzt Ihr wohl,“ entgegnete Remigius voll Schrecken, „weil es einem Manne metner Art nicht wohl ansteht.“

„Aber auf der Kanzel auf meinem guten Leumund zu tanzen, stand Euch an?“ fragte Epplein. „Ich frag' Euch, wollt Ihr tanzen oder nicht?“

„Aber erspart mir doch solche Schmach und Sün- de!“ rief Remigius.

„Ihr tanzt aber Ihr seid des Todes!“ fuhr ihn Epplein an.

Da half kein weiteres Strauben und Bitten, zuletzt willkate der Remigius ein. Epplein nahm ihn, ließ mit Pfeifen und Trompeten aufspielen und riß ihn lustig im Saal umher. Da er an der Türe war, hielt er an und haate: „Siehst du nun ein, wie's mit mir und den Rürnbergern steht? Der Stärkere hat recht, wie er pfeift müssen die anderen tanzen, und wer der Klügere ist. Liebst den anderen in den Sack! Das ist Brauch in der Welt! Also hab' ich auch nur getan, was Weltbrauch ist, und hab' nichts zu bereuen, sondern bin ein großer Mann im Weltlichen, wie du sein möchtest im Geistlichen! Du aber bist diele mehr ein Schelm, sonst hättest du es' das Leben gelassen und wärst ein Märtyrer geworden als daß du da getanzt hättest! Damit kannst du deiner Wege gehn und deiner Versicherung Fügel anlegen, sonst tanzen wir noch einmal, dann mag's dir schlimmer begeben!“

Dabei schob er ihn zur Türe hinaus, und der Re- migius ging verzweifelt von dannen.

(Fortsetzung folgt.)

Epplein von Gailingen.

Von Franz Trautmann.

(13. Fortsetzung.)

Mittlerweile war des Eppleins Tat weit und breit erschollen und großer Lärm gegen und für ihn, denn es waren ihrer genug, die's den reichen Rürnbergern wohl gönnten, wenn ihnen was geraubt oder, sonst, Scha- bernack gespielt ward.

Der Pfarrer Remigius zu Streitberg hatte aber einen Bruder zu Rürnberg, seines Standes ein Gold- schmied, und dieser hatte viel Geschmeide mit dem Bo- gelhaus verloren, drin er es zur Schau aufhängt. Der Pfarrer von Streitberg schenkte sofort dem Epp- lein wenig Günst, und als er am Sonntag predigte, donnerte er gewaltig auf die Räuber Los, ob Hoch oder Nieder, und wenn's einmal zum ewigen Gericht an- ge- sagt er, so blies die Straf' nicht aus, und knecht über Ritter, Fürst und Pfister, da sei dann alles gleich und kämen ins höllische Feuer.

Wie nun Epplein hörte, daß der Pfarrer ihm die Hilfe in Aussicht stellte, ließ er ihm sagen: Er sollte kommen und ihn einsegnen. Weil er aber wohl wisse, was Alles man ihm, dem Epplein, nachsage, so geb' er ihm kein Wort, es sollte seine Nähe wohl belohnt und er sonder Schaden am Leben, Freiheit oder andrem Gut entlassen werden. Sollt' also nur kommen und ihm seinen Ehrentag nicht trüben.

Obgleich nun der Remigius wohl wußte, wie Epp- lein vor Betten dem Prior mitgespielt hatte, so traute er doch dem Ritterwort und machte sich auf den Weg zu ihm. Der Epplein nahm ihn mit großen Ehren auf und tat dergleichen, als wär' er von der Predigt das Mindeste nicht.

Da nun die Trauung heransäte, ließ Epplein den Remigius zu sich und seinen Freunden kommen und

sagte: „Hört, Remigius, da ich nun heiraten will, möcht' es wohl vonnöten sein, daß ich vorerst beichte. Denn ich hab' oft gehört, man sollte mit reinem Herzen in den heiligen Ehstand treten. Fragt sich nun, was Ihr dazu sagt und ob Ihr mich absolvieren wollt?“

„Wie kann ich das wissen,“ sagte der Pfarrer, „da ich nicht weiß, wie es mit Euch aussieht und ob Ihr alles berent?“

„Da habt Ihr wohl recht,“ entgegnete Epplein. „Was das Letztere betrifft, so kann ich Euch wohl sagen, daß es an der Neue nicht fehlt. Sonderlich reut mich alles das, was ich den Rürnbergern noch nicht getan hab'. Was ich aber getan hab', ist Euch wohl nicht verborgen geblieben, denn Ihr habt ja eine fast starke Predigt gehalten gegen groß und klein, und arge Blitze geschleudert, so fern sie sich am Gut der Andern ver- greifen, habt gar mit dem ewigen Gericht gedroht, wo dann Hoch und Nieder gleich ist!“

Da ließ es dem Remigius eistalt über den Rücken. Epplein aber fuhr fort: „Nun seht Ihr wohl, wie es recht. Becht' ich nicht, so tret' ich mit Schuld in den Ehstand, und becht' ich, so werdet Ihr mir meine Sünden nicht erlösen. Was soll ich also tun?“

„Da ist nichts zu tun,“ versetzte Remigius, „als Ihr tut, was Euch Euer Herz vorschreibt, wie ich auch das getan hab', was mir meine Pflicht befaßt. Dann mag uns Gott beiden gnädig sein, wir sind alle Müll und-Winnen unsere Sünden kaum tragen.“

„Da habt Ihr Euch nicht schlecht hinausgeredet!“ sagte Epplein. „Also will ich von der Beichte ablassen, und das Spiel der Ehe angebetet wagen. Macht Euch nun bereit und die Sache richtig. Ich nehm's auf mein Gewissen!“

Da machten sich alle auf, und der Remigius copu- lierte den Epplein mit der Kunigunde. Drauf ging's zum Hochzeitsmahl, das war fast prächtig wie eines an



Wachhaus-Fuchs. In München geht der Prozess Wachhaus-Fuchs vor dem Volksgericht fort. Das Bild, das von dem Treiben einer Reihe sogenannter vaterländischer Verbände entrollt wird, in denen sich die Mitglieder gegenseitig misstrauen und beschließen und die Gelder nehmen, wenn auch die Quelle aus Fremdesland fließt, wirkt grotesk. Zwei Fragen tauchen aber auf: Warum wird Ruprecht von Bayern, dessen Stellung zu dem Landesverräterischen Treiben zum mindesten nicht geklärt ist, nicht als Zeuge vernommen, eine Vernehmung, die er doch selbst wünschen dürfte? Was geschieht mit dem Minister Schweyer, der den berüchtigten französischen Agenten Richert entwischt hat?

Royalistenauflösungen in Marseille und Paris. Nach einer Marceller Meldung des "Petit Parisien" kam es am Sonntagmorgen um 2 Uhr in Marseille zu Zusammenstößen zwischen den Verbänden der Freunde der Verfassung und einzelnen Gruppen der Camelots du Roy. Der erste Zusammenstoß erfolgte in der Nähe des Gastplatzes, der zweite einhundert Meter davon auf der Avenue de Prado, wobei etwa 10 mit Spatierstöcken bewaffnete junge Leute unter dem Ruf "Es lebe der König" auf die Teilnehmer an dem Umzuge einschlugen. Hierbei kam es zu einem kurzen Handgemenge. — Das Petit Journal meldet, daß es auch in Paris in der Nähe der Kirche St. Medard zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Camelots du Roy kam, wobei Kommunisten von der Polizei verhaftet worden sein sollen.

Auflasser Kopfschmerzen. Da die Verhandlungen über die Koponfrage bis jetzt noch nicht zum Abschluß gekommen sind, hat Benzlos eine neue Note an die Entente-Delegationen gerichtet, in denen er abermals auf die bringende Notwendigkeit aufmerksam macht, die für Griechenland angelegte seiner mobilisierten Armee bestimme, rasch zum Frieden mit der Türkei zu kommen. Da die Ablehnung Frankreichs auf eine Annäherung in der Koponfrage einzugehen, sich nicht vermindert habe, so müsse Griechenland erneut den Abschluß eines Präliminarfriedens mit der Türkei in Erwägung ziehen.

Don Stadt und Land.

Am 19. Juni.

Neue Eisenbahntarifserhöhung am 1. Juli. Der Ausschuß des Reichseisenbahnrats beim Reichsverkehrsministerium tritt heute wiederum zusammen, um neue Tarifierhöhungen für den Personen- und Güterverkehr zu beraten. Diese Erhöhungen, welche wahrscheinlich noch über die zum 1. Juni in Kraft getretenen hinausgehen, sollen zum 1. Juli eingeführt werden.

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 18. Juni 1928 in Eibenstock. Vorsitzender Herr Amtshauptmann Dr. v. Schwarz. Genehmigt wurden Nachträge zu verschiedenen Gemeindeverordnungen, betr. Grundsteuerzuschlag, Wohnungsbaubauabgabe, Vergütungssteuer, ferner Nachträge zu verschiedenen Ortsgesetzen, die Unterstützung der in den Küstern verlegten Bezirksbehörden betreffend. — Anschließend erfolgte die Wahl von Mitteilern und Stellvertretern zu den Steuerkommissionen in den Finanzamtbezirken Aue und Schwarzenberg sowie die Bestellung von Beisitzern zum Verwaltungsausschuss des Bezirksarbeitsnachweises Schwarzenberg. — Ein Besuch aus Auerhammer um Genehmigung zum Kantinenbetrieb wurde mangels Bedürfnisses abgelehnt, dgl. ein Besuch aus Oberschlema um Erlaubnis zum Brauwirtschaftshandel. — Der noch nicht fertiggestellte Teil der neuen Straße Aue-Niederschlema soll vollendet werden. Die Straße Niederschlema bis zur Brücke kann dagegen nur dann weitergebaut werden, wenn der Staat wesentliche Beiträge gewährt. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde eine Anzahl Bezirksrats- und sonstiger Bezirksangelegenheiten erledigt. Die Firma Bartels, Dierichs u. Co. in Eibenstock hat dem Bezirksausschuss eine Beschäftigung ihres Stickerbetriebes gestattet, die einen sehr befriedigenden Verlauf nahm.

Reisegelegenheit nach Nordamerika bietet der Norddeutsche Lloyd Bremen zurzeit auf zwei Linien. Die Hauptlinie ist nach wie vor die Linie Bremen—Newport, auf der bisher die Dampfer "Seydlitz", "Dort" und "Dannover" verkehrten. Im Laufe des Frühjahrs ist der Newporter Dienst durch die Einstellung des gänzlich erneuerten, für Kajüten- und 8. Klasse-Passagiere eingerichteten Dampfers "Bremen" und im Sommer durch die erstklassigen Dampfer "München" und "Columbus" wesentlich verstärkt worden. Die Erfahrung des letzten Jahres hat gezeigt, daß die von Bremen nach Newport fahrenden Lloyd-Dampfer in der Kajütenklasse durchweg schon wochenlang vor der Abfahrt besetzt sind. Passagiere, die nicht unmittelbar nach New York reisen müssen, sondern sich nach dem Westen Amerikas begeben wollen, ist daher zu empfehlen, ihren Reisezug möglichst über Philadelphia oder Baltimore zu nehmen. Auch dorthin bietet der Norddeutsche Lloyd angenehme Reisegelegenheit und zwar in erster Linie für Passagiere, die weniger Wert auf gesellschaftliches Leben an Bord, als auf gute, einfache, preiswerte Beförderung in einem kleinen Kreise von Mitreisenden legen. Hierfür sind die teils im Philadelphia-Baltimore, teils im Braunsdienst beschäftigten Dampfer der "Minden"-Klasse des Norddeutschen Lloyd wie geschaffen. Sie bieten je 12 Reisenden in hohen freundlichen Kabinen bequeme Unterkunft. Zum gemeinsamen Aufenthalt und zur Einnahme der Mahlzeiten steht ihnen ein geschmackvoll eingerichteter Salon zur Verfügung. Die geräumigen Decks vor und hinter dem mittschiffs gelegenen Deckhaus bieten bei schönem Wetter Gelegenheit zu angenehmen Aufenthalt im Freien und gestatten bei ihrer Größe Bewegungsfreiheit in einem Ausmaß, wie sie auf anderen Schiffen, die in erster Linie der Passagierbeförderung dienen, nicht geboten werden kann.

Schwarzenberg. Kostenlose Totenbestattung abgelehnt. Auf eine Aufforderung der diesigen Amtshauptmannschaft wegen Übernahme der Kosten für Beerdigungen und Bedienung der Kosten im Umlageverfahren haben die weitaus meisten Gemeinden ablehnend geantwortet. — Erfolgreicher Raubüberfall. In der Nacht zum Sonntag wurde ein in Annaberg beschäftigter Herr auf dem Wege Grünhübel—Schwarzenberg von fünf mit Knütteln bewaffneten Männern zur Rede gestellt. Der Mann, der sich auf seine Kraft und Gewandtheit verließ, setzte sich aber energisch zur Wehr und konnte so einer Verplünderung entgehen. (Hier steht man wieder einmal, wie gut es ist, wenn gerade jetzt alle Waffen eingezogen werden. Wenn der Ueberfallene nun einen Revolver gehabt und geschossen hätte — was für Unglück hätte da entstehen können.)

Jwidauer Arbeiterdemonstration. Auf dem Hauptmarkt vor dem Rathaus versammelten sich am Sonntag

abends um fünf Uhr Hunderte von Mitgliedern des Mietervereins zu einer Protestkundgebung gegen den Rat der Stadt, welcher ab 1. Juli die Mietzuschläge auf 70 Prozent der Grundmiete festgelegt hat. Der Mieterverein forderte eine Herabsetzung auf 20 Prozent und ließ durch eine Abordnung dem Räte eine entsprechende Entschliebung überreichen. — Streik. Auf dem König-Albert-Werk im Borort Lichtenhain (Ragzütte), dem großen Glaser- und Holzwerk, haben die Arbeiter wegen Nichtgewährung der geforderten wirtschaftlichen Beihilfe die Arbeit niedergelegt. — Die Zwickauer Bergschule. Ab 1. Oktober d. J. wird die Bergschule in Jwidau, welche zur Ausbildung junger Bergleute für den Steiger-, Obersteiger- und Betriebsführerberuf bestimmt ist, die einzige Bergschule Sachsens sein, da die andere Bergschule in Freiberg zu diesem Zeitpunkt einzieht. Die Jwidauer Bergschule, welche dann in die Räume des ehemaligen Rathauses im Borort Schadow verlegt wird, wird fortan auch zur Ausbildung von Beamten für den Braunkohlenbergbau dienen. In Vorna verbleibt eine Bergvorschule zur Vorbereitung für den Eintritt in die Bergschule.

Zeppig. Ueberfall. Am Montagvormittag wurde ein Marktbesitzer in der Rönnerstraße von fünf jungen Leuten überfallen und geschlagen, um ihn seiner Ledertasche mit Geld zu berauben. Die Diebstahlsgegenstände wurden nicht entflohen. — Die Düngrabfuhr verstadlicht. Die seit langem erörterte Frage, ob die Straßenreinigung in Zeppig der Regie übernommen werden oder weiterhin in den Händen eines privatwirtschaftlichen Unternehmens liegen soll, ist jetzt endlich gelöst. Vom 1. Juli ab wird die Zeppiger Düngrabfuhr verstadlicht.

Dresden. Elternratswahlen. Am Sonntag fanden in Dresden die Elternratswahlen für die städtischen Volksschulen statt, bei denen leider nur eine Wahlbeteiligung von 60 bis 70 Prozent zu verzeichnen war. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen sind für die Anhänger der weltlichen Schule 500 und für die Anhänger der christlichen Schule 682 Vertreter gewählt worden. Im vergangenen Jahre betrug die Zahl der Vertreter der weltlichen Schule 515 und für die Vertreter der christlichen Schule 517.

Marlenbad. Schneefall. In Marlenbad ist reichlicher Schneefall eingetreten; die Berge zeigen das Bild einer wunderschönen Winterlandschaft.

Des Kulturkampfes in der Lausitz.

Eine durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitete Antwort der Regierung auf die Vorstellungen der katholischen Eltern hat in vom Schulstreik betroffenen acht katholischen Ortsgemeinden des Ostritzer Bezirkes die Lage noch wesentlich verschärft. Die Erklärung des Kultusministers, daß es für ihn in Sachsen weder katholische noch evangelische Schulen gäbe, hat nun auch die evangelischen Eltern auf den Plan gerufen. Am Donnerstag sollte in Ostritz im Gasthof zur "Stadt Dresden" eine von evangelischer Seite einberufene Sympathieunterstützung für die zum Schulstreik gezwungenen katholischen Eltern stattfinden. Kommunistische Sympathisanten aus Ostritz, denen sich die Führer der Ostritzer Sozialdemokraten angeschlossen, bemächtigten sich gewaltsam der Leitung der überaus stark besuchten Versammlung, um das Zusammenwirken evangelischer und katholischer Kreise zu verhindern. Da die christlichen Eltern eine Erörterung ihrer ersten Angelegenheiten in der von den Kommunisten angelegenen wüsten Tonart vermeiden wollten, verließen sie das erste Versammlungslokal und zogen in den Saal des katholischen Vereinshauses "Zum weißen Stroh", der im Ru von den Anhängern des christlichen Schulgedankens überfüllt war. Dort konnte, nach entsprechendem Saalkauf, die von Rechtsanwalt Kahlenberger-Ostritz veranlaßte Kundgebung in würdiger und eindringlicher Weise zu Ende geführt werden. Nach einem mit begeistertem Beifall ausgenommenen Vortrag des Landtagsabgeordneten Lehrer Weillmann sprachen einige Vertreter der katholischen Weltlichkeit den evangelischen Mitbürgern ihren Dank für die Sympathieunterstützung aus und versicherten, daß die katholischen Eltern in dem ihnen auszusagenden Kampf unter keinen Umständen nachgeben würden, nachdem das Kultusministerium von neuem zu erkennen gegeben hat, daß es seinerseits keine Verständigung will. Die Versammlung beschloß dann einstimmig folgendes Telegramm an das sächsische Gesamtministerium und an das Reichsministerium des Innern zu senden: „Als im katholischen Vereinshaus in Ostritz versammelten evangelischen Eltern sind mit den katholischen Eltern einig in der schärfsten Verurteilung des Vorgehens des sächsischen Kultusministeriums gegen die acht katholischen Schulen des Ostritzer Bezirkes. Sie erklären in dem Vorgehen die Verhängung eines Ausnahmezustandes über diese Orte und fordern zur Wahrung der christlichen Belange sofortige Zurückziehung der religionsfeindlichen Verordnung, die als unglaublicher Eingriff in die persönliche und Religionsfreiheit auch von evangelischen Eltern empfunden wird.“

Streiknachrichten.

Schlesien. Die Versuche des Deutschen Handarbeiterverbandes, den christlichen Zentralverband der Handarbeiter, im Kampfe der streikenden schlesischen Handarbeiter zu einer gemeinsamen Abothe gegenüber den Arbeitgebern zu gewinnen, sind fehlgeschlagen. Der Streik der freigeberklich organisierten Handarbeiter wird durch die 3000 christlichen Arbeiter in Schlesien nicht im geringsten gefährdet. Bisher weigern sich die Agrarier noch, mit den Vertretern des Deutschen Handarbeiterverbandes über die Abotheforderungen der Arbeiterschaft zu verhandeln. Die Industriearbeiter haben den streikenden weltliche Unterstützung zugesagt.

Der Streik im niederschlesischen Kohlengebiet ist beendet.

Brandenburg.

Die Arbeiter der Brandenburger Industriellen Betriebe befinden sich bei mehreren Tagen im Ausstand.

Die Wünsche der Arbeiterschaft lassen auf eine Erhöhung der durch das Index-System errechneten Löhne hinaus. Nachdem es bereits am Samstag vormittag zu großen Demonstrationen gekommen ist, rierte die Streikbewegung am Nachmittag in Unruhe aus. Die Brandenburger Polizei mußte die Potsdamer Schupo um Hilfe anrufen.

Am Mittwoch sollte das Potsdamer Schwurgericht in Brandenburg gegen die Weiterer des Brandenburger Justizhauses verhandeln. Es ist in Erwägung gezogen, die Verhandlungen zu vertagen, da sich im Amtsgerichtsgebäude in Brandenburg gleichfalls Unruhe zugezogen.

Der Sonntag ist ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen. Die angelegten Demonstrationen der streikenden Industriearbeiter wurden durch das schlechte Wetter stark beeinträchtigt. Nachdem die Fabrikanne die wirtschaftlichen Forderungen der Ausständigen bewilligt hatten, forderten die Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Auf Wunsch der Streikenden hat die Polizei ein Alkoholverbot ergehen lassen.

Sprechsaal.

Dieser Sprechsaal dient zum freien Meinungsäußerung unterer Leser. Die Schriftleitung übernimmt dafür nur die redaktionelle Verantwortung.

Schont die Natur. Es ist einfach unglaublich, wie immer wieder öffentliche Anlagen behandelt werden. In einer ganz unverantwortlichen Weise werden von den Strauchern die Zweige abgerissen und mitgenommen, einerlei, wie dann die geplünderten Büsche aussehen. Ebenso werden Klagen über Klagen laut, daß in den Anlagen Hagezweigen und Schokoladenpackungen weggeworfen werden. Einem besonders traurigen Schicksal gehen die Kirchbäume entgegen. Wo nur das geringste Rot sich an den Früchten bemerkbar macht, da liegen schon jetzt Blätter und Zweige massenhaft am Boden. Mit Steinen und Holzstücken werfen die Kinder nach den halbreifen Kirchen, aber niemand scheint sich zu regen und diesen Unfug zu verbieten. In dem hohen Grabe der Wiesen laufen die Kinder herum und sammeln Niesensrübe, die gewöhnlich noch zur selben Stunde achlos weggeworfen werden. Wägen doch Eltern und Lehrer immer wieder mit allem Nachdruck die Kinderwelt aufmerksam machen, wie verwerflich solcher Unfug ist.

Letzte Drahtnachrichten

Freundschaftliche Löse aus England.

London, 18. Juni. Bei einem im Zusammenhang mit dem bevorstehenden internationalen D. Kongress gegen den Frühstich für die Presse erklärte der Unterstaatssekretär für Luftfahrtwesen, er sowohl wie General Sykes wünschten, daß es möglich sei, Deutschland wegen seiner großen technischen Erfahrungen insbesondere im Bau von Zeppelin zur Teilnahme an der Tagung einzuladen, was für den Kongress von großem Interesse sein würde. Er habe auch gehofft, daß Deutschland sich der internationalen Konferenz für Luftschiffahrt anschließen werde. Da es aber mit Rücksicht auf solche Schwierigkeiten, wie sie die Befragung des Ruhrgebietes geschaffen habe, für Deutschland nicht möglich gewesen sei, Mitglied der Konferenz zu werden, so hoffe er, daß Deutschland bald imstande sein werde, sich der Konferenz anzuschließen. Sobald die gegenwärtige Lage geklärt sei, würden, wie er hoffe, alle Nationen imstande sein, freundschaftlich zusammenzuarbeiten. (Manuel mit einem Waise! Hier scheint allerhand Grund zum Mittrauen gegeben.)

Französische Niedertracht.

Mannheim, 18. Juni. Die Franzosen haben 6 beladene Wagen mit 6 Pferden der sächsischen Fuhr- und Sutserverwaltung, die auf den sächsischen Wiesen der Friedheimer Insel für die sächsischen Mischläse Futter geholt hatten, weggenommen. Das Vorgehen der Franzosen ist umso unverständlicher als der französische Kommandant seinerzeit mit Rücksicht auf die Milchversorgung der Kranken und Kinder ausdrücklich das Futterholen von der Friedheimer Insel gestattet hatte. Angeblich soll eine neue Verordnung bestehen, nach der es verboten wäre, ohne Beweise der französischen Behörden mit Fahrzeugen sich im besetzten Gebiet zu bewegen. Von solcher Verordnung war bisher nichts bekannt. Bis jetzt ist es nicht gelungen, die Fahrzeuge wieder frei zu bekommen.

Weitere Maßnahmen der Franzosen.

Paris, 19. Juni. Nach dem Petit Parisien ergriffen die Besatzungsbehörden zwei neue Maßnahmen, 1) unterlagerten sie den Kohletransport im Innern des Ruhrgebietes, 2) werden alle Eisenbahnlinien im Innern des Ruhrgebietes, soweit sie noch frei waren, unter militärische Kontrolle gestellt. Diese Kontrolle wird alle Nahrungsmitteltransporte auf den deutschen Linien überwachen.

Die Indexfrage.

Ueber die Frage der Erreichung wertbeständiger Löhne hatten die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gestern wiederum eine Besprechung. Die jedoch ergebnislos verlief. Aus den Erörterungen ist zu entnehmen, daß man das Schlagwort Goldlöhne durchaus ablehnt, da bei dem gegenwärtigen Stand der Papiermark eine Bezahlung in Goldlöhnen einfach unmöglich sei. Zunächst wollen die Gewerkschaften den Gedanken einer aus den wichtigsten Faktoren zusammengesetzten paritätischen Indexkommission verwirklichen. Diese würde allmählich den Index ermitteln, nach welchem die Löhne zu regulieren. Auf diese Weise würden die Löhne allmählich dem ermittelten Index angepasst werden.

Aufgehobene schwarze Börse.

Danzig, 19. Juni. Im Einverständnis mit dem Börsenvorstand und der Handelskammer hat die Sicherheitspolizei eine erfolgreiche Razzia gegen die sogenannte schwarze Börse vorgenommen. Die letzten Börsennotierungen, die sich vor dem Arresthof etabliert hatten, wurden gestellt und die meisten mußten den Weg zur Polizei antreten. Unter den Effekten befanden sich allein 208 Ausländer, Ausgewiesene und Steuerhinterzieher.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorläufig mit 140 000.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Seemann. Druck u. Verl.: Neue Druck- u. Verlagsanstalt, m. b. H., Aue



### Neues aus aller Welt.

**Der 50-Millionen-Diebstahl bei der Reichsbank.** Der Berliner Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, den 50-Millionen-Diebstahl aufzuklären, der Anfang Mai in der Reichsbank ausgeführt wurde. Die Täter sind zwei junge Burken, die als Händler und Transportarbeiter beschäftigt waren, sie sind verhaftet worden. Bislang wurden 19 Millionen wieder erlangt.

**Ein neuer Schloßbesitzer.** Im Schloß Breitenstein in der Neumark, das dem Herrn v. Oberkrohn gehört, verübten Verbrecher, die anscheinend aus Berlin zugereist waren, einen schweren Einbruch. Sie stahlen aus den Räumen Silber und Goldstücke im Werte von 60 Millionen Mark und entkamen unerkannt.

**Autofahrer.** Der Fabrikant Walter B. aus Pantow fuhr mit seinem Kraftwagen die Hasenheide entlang. Da er stark angetrunken war, lenkte er sein Auto bald auf die linke, bald auf die rechte Straßenseite, wobei er auch den Fahrersteig nicht

respektierte, so daß er die Passanten in helle Aufregung versetzte. Nach und nach sammelten sich etwa 2000 bis 3000 Menschen an, die den Kraftwagen anhielten und Miene machten, seine Insassen zu verprügeln. Im letzten Augenblick erschien eine Streife der Schutzpolizei, die die beiden wilden Fahrer in Schutzhaft nahm. Auf dem Wege zur Wache besetzten die wilden Fahrer die Beamten mit den größten Schimpfwörtern und leisteten heftig Widerstand, so daß ihre Wäführung nur mit größter Mühe gelang. B. hatte eine Pistole bei sich, die beschlagnahmt wurde, da sein Waffenschein bereits abgelassen war. — Die Polizei ist aber auch immer zur unrechten Zeit anwesend. Wenn das Publikum den Herren hätte ein bißchen „Nächternheit“ beigebracht, das wäre doch ganz am Platze gewesen!

**Die deutschen Kritiker streifen.** Seit Sonnabend befinden sich die Kritiker im Reich im Zustand, wodurch die Varietés und Kabarets zur Stilllegung gezwungen wurden. In Berlin und Hamburg ist den Kritikern die von ihnen geforderte 50 prozentige Erhöhung der Gagen bewilligt worden.

**Sturmsturz auf der Eibe.** Seit 10 Jahren ist auf der Eibe nicht eine solche Sturmsturz gewesen, wie in diesem Regen- und Sturmsturz. Die Eibe ist auf den Außenwiesen ertrunken. Die Weiden sind unter Wasser und das Vieh stand mitunter bis an den Bauch im Wasser.

**Kataklystaler Ausbruch des Keina.** Die „Wolfsche Zeitung“ meldet aus Reapel: In der Nacht zum Freitag brach nach heftigen Erdschütterungen der Keina aus. Es bildeten sich fünf Krater, aus denen sich ungeheure Lavamassen ergießen. Die Pinienwälder um die Lingua Gioiosa wurden bereits ein Opfer des Lavaströms. Dieser bewegt sich in drei Richtungen, auf Lingua Gioiosa, gegen die Ansiedlung Vasto Tessitano zur Lavablagerung des Jahres 1911. Auch Marina und Vressa sind von dem Lavaström bedroht. Die Einwohner der bedrohten Ortschaften haben sich, von Panik befallen, gesammelt. Die Lavaströme haben den Bahnhof Castiglione zerstört und die von den Keina führenden Eisenbahnlinien gesperrt. Infolge der Kellung der Lavaströme ist die Gefahr neuer Verwüstungen kurzzeitig anscheinend gebannt.

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied gestern früh unerwartet meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter, Schwester und Schwägerin,

## Frau Sophie Mehlhorn

geb. Fritsch

im vollendeten 70. Lebensjahre.

In tiefster Trauer

**Christian Mehlhorn,**  
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

AUE, am 19. Juni 1923.

Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen erfolgt am Donnerstag mittag 1 Uhr vom Stadthause aus.

## DANK.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren, viel zu früh dahingegangenen guten Mutter

## Frau Anna Friedericke Günther

geb. Wagner

sagen wir allen für die vielen Beileidsbezeugungen unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank den lieben Hausbewohnern und Nachbarn für die Opferfreudigkeit und Spenden.

Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Habe Dank“ und „Ruhe sanft“ in Deine kühle Gruft nach.

In tiefster Trauer

**Paul Hecker und Frau Anna geb. Günther**  
und übrige Hinterbliebene.

AUE, am 19. Juni 1923.

Der geehrten Einwohnerschaft von Aue und Umgegend erlaubt sich der unterzeichnete Verein der Milchhändler folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Der Rat der Stadt Aue hat neuerdings **Milchhöchstpreise** festgesetzt, die uns Milchhändlern jede **Ergänzungsmöglichkeit** nehmen. Während unsere Geschäftunterhaltungskosten (Futtermittel, Reparaturen, Geschirre usw.) gegenüber den Vorkriegszeiten um **das 10000- bis 12000-fache** gestiegen sind, erreichen die vom Rate festgesetzten Höchstpreise

**nur das 4000fache für Vollmilch u. 3000fache für Magermilch.**

Daß es uns bei solchen Höchstpreisen unmöglich ist, unseren Betrieb aufrecht zu erhalten, liegt klar auf der Hand, um so mehr, als schon vor 14 Tagen die Wirtschaftslage so war, daß wir bereits damals den 5000- und 6000fachen Betrag hätten fordern müssen, um einigermassen bestehen zu können. Unsere Bemühungen beim Stadtrat, **angemessene Höchstpreise** zu erreichen, sind **erfolglos** geblieben. Da wir aber nicht in der Lage sind, beim Milchverkauf noch weiterhin Geld zuzusehen, leben wir uns leider gezwungen,

### ab Donnerstag, den 21. Juni, den Milch-Verkauf einzustellen

und es besteht dann die Gefahr, daß die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg für unabsehbar lange Zeit **überhaupt von der Milchzufuhr abgeschnitten** wird, was heute schon teilweise der Fall ist. Im Interesse der Säuglinge, Kranken, Greise und allen anderen Milchbedürftigen bebauern wir dies aufrichtig, können daran aber nichts ändern, solange der Stadtrat von Aue seinen Standpunkt nicht aufgibt.

Der Milchhändlerverein von Aue, Löbnitz und Umgegend.

# 200 000 Mark Belohnung!

sichern wir demjenigen zu, der uns die Täter, die am Sonnabend oder Sonntag in unserem neuen Beamtenhaus eine größere Anzahl Fensterscheiben eingeworfen und dabei einen Kachelofen beschädigt haben, so zur Meldung bringt, daß gerichtliche Anzeige erfolgen kann.

**Ernst Gessner A.-G., Textilmaschinenfabrik.**

## Zum möglichst sofortigen Antritt werden von großem Fabrikant in Aue einige flotte Stenotypisten gesucht.

Angebote unter N. T. 2128 an d. Auer Tageblatt erb.

Lucrezia Borgia.

## Schützengilde Aue.

Morgen Mittwoch abend 8 Uhr  
Versammlung im Restaur. Bürgergarten.

## Schützenhaus Aue.

Mittwoch, 20. Juni, **Garten-Konzert**  
abends 7/8 Uhr  
ausgeführt von der Auer Stadtkapelle.  
Leitung: Kapellmeister Drechsel.

Nach dem Konzert: **Feiner Ball.**  
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

## Räume aller Art,

die sich für Metallwaren-Fabrikation  
u. Galvanisier-Anstalt eignen, sofort  
zu pachten od. zu kaufen gesucht.

Grundstückkauf unt. stiller Beteiligung  
angenehm. — Angebote unter „N. T.  
2187“ an das Auer Tageblatt erdten.

**Bumas**  
RECHENMASCHINEN

für Addition und Subtraktion  
für Multiplikation und Division  
und für alle vier Rechnungs-  
arten für alle Betriebe, für alle  
Geschäfte, für alle Behörden  
und für alle Verwendungszwecke  
eine besondere Maschine.

VERKAUF:  
BUCHHALTUNGS-MASCHINEN-  
G. M. B. H.  
CHEMNITZ, SCHNEIDERSTRASSE 12  
PERNUMMEREN: 1223 UND 2076  
AG 1.4.23. 0002, 0006, 0009

## Kontor-Verhrling

für sofort oder später gegen hohe Vergütung gesucht.  
**Josef Hauschild, Aue i. Erzgeb.,**  
Schneeberger Straße 58.

Kaufe eine gebrauchte

## Handspindelpresse.

**Moritz Richter, Crossenndorf.**

## Haararbeiten

Jeber Art fertigen von einfach-  
ster bis feinsten Ausführung  
**Stern & Gauger**  
Häpfe u. Berlinfabrik, Aue  
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

## Bedenken Sie,

daß man  
Tischler- u. Polstermöbel  
gut und vorteilhaft kauft bei  
**Möbel-Schmidt**  
Teleph. 587 Albertstr. 6  
Eigene Werkstätte.

## Rirschen

hat laufend  
abzugeben  
**F. Mehlhorn**  
Altenburg i. Th.  
Jungferngasse 27.

## Alle Abfälle

Papier, Zeitungen,  
Stumpen, Knochen,  
Eisen, Metalle  
kauft **S. Wilschauer, Aue,**  
Mittelstraße 25.

## Fahrrad

komplett zu verkaufen.  
Zu erb. im Auer Tageblatt.

## Wie gesagt!

Putzen Sie Ihre  
Schuhe mit  
**Nigrin**

und sofort erscheinen  
dieselben in prach-  
vollem Glanz.

Schwarz, braun, gelb u. weiß.



## Tischler-Möbel

Jeber Art verkauft preiswert  
**H. Feßlich, Reichenstr. 3.**  
— Eigene Werkstätten. —

## Großen

## Auszugstisch

(nußb. poliert), schwer, mit  
vier Einlegeplatten, für groß-  
Saalhaft passen, sowie einen  
**H. Schäferhund,**  
wachsen, verkauft  
Aue, Schwarzenb. Str. 25, p. r.  
Fernruf 460.

## Eine Ziege

dreijährig, gut in der Milch,  
ist umständlicher zu ver-  
kaufen **Mogawitz, Nr. 19,**  
Eisenmühlengasse 19 (Aue).

## Metallbetten

Stahlrahmen, Rinderbetten  
etc. an **Wieland, Aue, 74 U** frei.  
Eisenmühlengasse 19 (Aue).

## Jung. Kaufmann sucht

zum 1. Juli 1923  
**angenehm. Zimmer**  
Angebote unter N. T. 2127 an  
das Auer Tagebl. erbeten.

## Monteur sucht

**möbl. Zimmer**  
für sofort.

Angaben an die Geschäftsstelle  
d. Bl. unter N. T. 2133 erb.

## Jung. Kaufmann

sucht für sofort  
**1-2 Zimmer**  
in Aue. Angeb. unt. N. T.  
2143 an d. Geschäftsst. d. Bl.

## Kleine Anzeigen

haben guten Erfolg im  
**Auer Tageblatt.**